

1 Übersicht

2		
3	<u>LV Hessen:</u>	Resolution „Bilanz der Konferenz zur Zukunft Europas“
4		Resolution „Föderalismus - Europas Antwort auf die Krisen der Zeit.“
5		
6	<u>KV Groß-Gerau:</u>	Glückwunsch / Grußkarten
7		
8	<u>KV Hochtaunus:</u>	Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (Europabeauftragte)
9		
10	<u>KV Kassel:</u>	Erhalt der Offenen Kanäle
11		Videokonferenzdienste
12		

14 Resolution „Bilanz der Konferenz zur Zukunft Europas“

15 Eingereicht vom Landesvorsitzenden Thomas Mann

17 1. Nach einem Jahr ist die Konferenz in Zukunft Europas zu Ende gegangen. Sie war ein Experiment,
18 um Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Sie wurden aufgefordert, Ideen einzubringen, Erwartungen
19 und Wünsche zu äußern.

21 2. Um die Bürger-Beteiligung zu verwirklichen, wurde eine Online-Plattform geschaffen. Themen-
22 Vorschläge wurden gesammelt und mit anderen ausgetauscht. Für Veranstaltungen konnte geworben,
23 über Abläufe informiert und gemeinsam über Konsequenzen beraten werden. Da die Benutzung alles
24 andere als einfach war, entwickelte die AG CoFoE eine Handreichung für den leichteren Zugang sowie
25 Informationen über die Bürgerforen und Plenumsveranstaltungen. Positiv war die Mehrsprachigkeit in
26 24 Sprachen, die zu Interaktionen führte. Beiträge wurden in die gewünschten Sprachen übersetzt und
27 dadurch kommunikative Hindernisse überwunden. Tausende von Ideen wurden nach Beliebtheit
28 sortiert. Bedauerlich jedoch, dass es nur zu ca. 15.000 Teilnehmern und fast 54.000 Followern kam, so
29 dass der Funke zur Zivilgesellschaft nicht übersprang. Immerhin erreichte unsere No-Veto-Kampagne
30 Platz 3 der Nennungen.

32 3. Die Online-Plattform in der derzeitigen Ausgestaltung wurde nicht zum erhofften „Herzstück der
33 Kommunikation“. Um ihr eine Zukunft zu geben, muss es zu erheblichen Veränderungen kommen.
34 Nutzer brauchen eine Antwort, inwieweit ihre Ideen in Arbeitsgruppen, im Plenum oder im
35 Abschlussbericht eingebracht wurden. Die Benutzbarkeit der Plattform muss deutlich attraktiver und
36 operationabler werden. Dafür sind in der EUKommission personelle Kapazitäten zu schaffen.
37 Bürgerbeteiligung darf nicht zu einer PR-Show degradiert werden. Sie muss nachhaltig gefördert
38 werden.

40 4. In den europäischen Bürgerforen debattierten 800 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürger, so
41 dass die Ergebnisse nicht als repräsentativ gelten können. Immerhin gab es eine Regelung, die wir
42 ausdrücklich begrüßen: Ein Drittel der Delegierten waren junge Menschen bis 25 Jahre. Ihre
43 Empfehlungen, ebenso die der nationalen Bürgerforen, wurden in die Plenarsitzungen eingebracht.
44 Bedauerlich, dass die gesamte Zukunftskonferenz in vielen Mitgliedstaaten quasi „unter dem Schirm“
45 lief. Sie war weder in den Medien noch in der Öffentlichkeit besonders präsent.

46

47 5. Aufgrund der beschlossenen 49 Vorschläge und 326 Maßnahmen der Konferenz müssen konkrete
48 Folgemaßnahmen formuliert werden. Dieses ist prioritär angesichts der derzeitigen Krisen,
49 Verwerfungen und bedrohlichen Tendenzen zur Nationalisierung. Ohne Vertragsänderungen sind sie
50 möglich in folgenden Bereichen, in denen es zu mehr Zuständigkeiten für die europäische Ebene
51 kommen sollte. Beispiele: gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Verteidigungspolitik, Energie-
52 Union, Gesundheits-Union, europäische Asylpolitik mit solidarischer Aufnahme von Flüchtlingen,
53 vollständige Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, Stärkung der
54 Wettbewerbsfähigkeit, Förderung von zukunftsorientierten Investitionen.

55

56 6. Die Rechte des Europäischen Parlamentes (EP) sollen weiter gestärkt werden. Dazu gehören die
57 Mitentscheidung ohne Einschränkungen in Haushaltsfragen und das volle gesetzgeberische
58 Initiativrecht. Die Einstimmigkeit im Rat muss endlich abgelöst werden durch qualifizierte
59 Mehrheitsentscheidungen (No-Veto-Kampagne). Wir sind entschieden für ein gemeinsames
60 europäisches Wahlrecht mit transnationalen Listen, den gleichen Wahltag der Europawahlen und das
61 gleiche Wahlalter.

62

63 7. Wir begrüßen den Beschluss des EP, einen Konvent einzuberufen. Darüber entscheiden die Staats-
64 und Regierungschefs mit einfacher Mehrheit. Derzeit sind 13 gegen jedes „übereilte Verfahren“. Dem
65 Konvent sollen Vertreter des EP, der nationalen Parlamente, der EU- Kommission und die Staats- und
66 Regierungschefs der Mitgliedstaaten angehören. Beobachter sind Sozialpartner, EWSA, AdR, Vertreter
67 der Zivilgesellschaft und Bewerberländer. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für diesen
68 Konvent stark zu machen und die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten zu gewinnen.

69

70

71 **Resolution „Föderalismus - Europas Antwort auf die Krisen der Zeit.“**

72 **Eingereicht vom Arbeitskreis Föderalismus**

73

74 1. Der Überfall der Ukraine durch Putin hat schlagartig deutlich gemacht, dass die Freiheit von uns
75 allen bedroht ist. Es geht längst nicht mehr um einen regionalen Konflikt oder die Sicherung von
76 Einflusszonen. Viel zu lange wurde weggeschaut, wie sich der russische Aggressor entfalten konnte,
77 um seine Träume von einem erneuerten großrussischen Reich zu realisieren.

78

79 2. Die globale Entwicklung zeigt ein bipolares System: Auf der einen Seite stehen die USA, gemeinsam
80 mit Europa. Hier muss die EU die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie nicht ein Juniorpartner ist,
81 sondern sich auf gleicher Augenhöhe befindet. Mit bloßen Kooperationen der Nationalstaaten ist das
82 nicht zu leisten. Auf der anderen Seite steht das Tandem Russland/China. Im Falle eines Sieges der
83 Russen in Osteuropa könnten sich die Chinesen zu ihren Expansionsgelüsten in Taiwan motiviert
84 fühlen. Die letzten Monate waren ein (später) Weckruf, sich der Bedrohungslage bewusst zu werden:
85 militärisch, wirtschaftlich, politisch. Ein souveränes Europa muss entstehen, damit Autokraten, welche
86 die Welt nach ihren Vorstellungen verändern wollen, wirkungsvoll begegnet werden kann. Ein
87 europäischer Bundesstaat ist eine legitime Lösung.

88
89 3. Die Europa-Union Hessen setzt sich für einen Bundesstaat auf europäischer Ebene ein. Er ist weit
90 mehr als ein schwacher Staatenbund. Er bündelt Werte, Freiheitsbedürfnisse, Pluralismus und sichert
91 das friedliche Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger. Aufgaben, die im nationalen Rahmen nicht
92 ausreichend wahrgenommen werden können, müssen gemeinsam europäisch gelöst werden. Dazu
93 gehören

- 94
- 95 • eine abgestimmte und daher kraftvolle Außen- und Sicherheitspolitik
- 96 • eine einsatzfähige Verteidigungs-Gemeinschaft
- 97 • eine europäische Industriepolitik mit einer neuen Lieferketten-Architektur
- 98 • eine vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion
- 99 • eine Energie-Union
- 100 • eine Umwelt-Union (erster CO2-freier Kontinent)
- 101 • ein koordinierter Katastrophenschutz
- 102 • eine Gesundheits-Union
- 103 • eine gemeinsam verantwortete Asylpolitik (mit solidarischer Verteilung von Flüchtlingen)
- 104 • ein stärker vernetztes Europa (Verkehrsnetze, digitale Netze)
- 105 • mehr Befugnisse in der Steuerpolitik (gemeinsame Bankenaufsicht)
- 106 • schrittweise eine Sozialunion (Verwirklichung der Europäischen Säule sozialer Rechte)

107
108 4. Ein demokratisch verfasster europäischer Bundesstaat sorgt für eine vertiefte Integration durch die
109 Föderation einzelner Staaten. Er ist die Alternative zu intergouvernementalen Ordnungen, in denen
110 Staaten nur dann kooperieren, wenn es ihnen nützlich erscheint. Notwendig ist eine demokratisch
111 gewählte europäische Regierung. Darüber hinaus müssen die kleinen Staaten angemessene
112 Berücksichtigung finden durch eine zweite Kammer, vergleichbar einem Senat. Über die
113 unterschiedlichen Ausprägungen - Staatenverbund oder souveräner Bundesstaat („Vereinigte Staaten
114 von Europa“) - muss eine engagierte Debatte geführt werden. Jetzt! Denn die Zeit drängt.

115
116 5. Der föderale Bundesstaat berücksichtigt die legitimen Interessen der Nationalstaaten (Einheit in
117 Vielfalt). Er ist eine Absage an ethnische Spannungen und Ausgrenzungen. Er basiert auf einer
118 stabilen Demokratie mit funktionsfähiger Rechtsstaatlichkeit, sichert grenzüberschreitende Solidarität

119 und erzielt identitätsstiftenden Zusammenhalt. Seine Legitimationsquelle sind die Wahlen zum
120 Europäischen Parlament, in deren die Unionsbürger ihre Voten abgeben, künftig auch auf
121 transnationalen Listen. Er soll ein wesentliches Element der kommenden Konvent-Beratungen sein, bei
122 denen Vertragsänderungen nicht ausgeschlossen werden.

123 6. Die Europa-Union Hessen wird sich intensiv und nachhaltig mit dem Föderalismus im Zeichen der
124 Globalisierung und der Veränderung der Außenpolitik zu einer europäischen Innenpolitik befassen.
125 Dafür soll ein Kongress im Herbst 2022 durchgeführt werden, an dem Entscheidungsträger aus dem
126 Europäischen Parlament, Bundestag und Landtag, Unternehmen und Institutionen sowie der
127 organisierten Zivilgesellschaft, darunter Jugendliche, teilnehmen. In Workshops wollen wir sie mit der
128 föderalen Idee konfrontieren. Ziel ist, von ihnen verbindliche Aussagen zu erreichen. In der Folge sollen
129 Gespräche mit Journalisten geführt werden, um breite öffentliche Debatten zu bewirken. Für
130 Kampagnen, auch auf der EUDBundesebene, ebenso über Aktionen soll der AK „Föderalismus“
131 konkrete Vorschläge erarbeiten.

132

133

134 **KV Groß-Gerau**

135 **„Glückwunschkarten / Grußkarten“**

136

137 Die Landesversammlung möge beschließen:

138 Der neu gewählte Landesvorstand wird dazu aufgefordert, eine für alle Kreisverbände verwendbare
139 Glückwunsch- und/oder Grußkarte unter Verwendung eines einheitlichen Corporate Identity zu
140 entwickeln und anzubieten.

141

142 Begründung:

143 Im Sinne der Mitgliederwerbung und –gewinnung wie auch der Mitgliederpflege ist es angeraten, den
144 Mitgliedern zu bestimmten Anlässen, wie Geburtstage, Jubiläen usw., Glückwünsche der Europa Union
145 zu übermitteln. Diese Glückwünsche würden noch wirksamer durch die Verwendung einheitlicher
146 Gruß- und Glückwunschkarten, die den Kreisverbänden zur Verfügung gestellt werden könnten. Die
147 Entwicklung und Erstellung dieser Karten könnte durch den Landesvorstand angestoßen bzw.
148 vorgenommen werden. Hierdurch wäre die Nutzung eines einheitlichen Corporate Identity
149 gewährleistet und ebenfalls wäre die Möglichkeit einer Kostenminimierung durch die sich ergebende
150 höhere Anzahl möglich.

151

152

153 **KV Hochtaunus**

154 **„Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (Europabeauftragte)“**

155

156 Die Landesversammlung fordert Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung bzw. der Hessischen
157 Landkreisordnung zur Stärkung der Rolle der Kommunen in der EU. Es wird dazu in der HGO/HKO

158 verankert, dass in jeder Kommune/jedem Kreis des Landes Hessen es einen Europabeauftragten/eine
159 Europabeauftragte gibt. Diese Tätigkeit kann ehrenamtlich oder hauptamtlich ausgeübt werden.

160

161

162 Begründung:

163 Die Kommunen tragen eine große Last für das Funktionieren der EU. Im April diskutierte der
164 Kreisverband Hochtaunus bei einer Veranstaltung das Thema „Sind die Kommunen die Underdogs in
165 der EU?“ Unser Referent betonte in seinem Vortrag, wie wichtig es wäre, kommunale
166 Europabeauftragte einzusetzen, die mit den komplexen Themen der Gesetze, die in Brüssel
167 beschlossen werden, umzugehen wissen. Die Kommunen tragen auf ihrer Ebene für die Umsetzung
168 von europäischen Gesetzesvorhaben eine besondere Verantwortung. Es geht z.B. um wichtige Fragen
169 wie die Reinheit der Luft und des Trinkwassers, die Energiewende und die Sauberkeit der Flüsse und
170 Seen. Es wird geschätzt, dass 70 - 80 Prozent der Entscheidungen in Brüssel direkt von den Städten
171 und Gemeinden umgesetzt werden müssen. Auf der anderen Seite stehen ihnen europäische
172 Fördermittel in erheblichem Maße zur Verfügung. Leider wissen das zu wenige Kommunen und falls
173 sie es wissen, sind sie oft nicht in der Lage, die Mittel zu beantragen, weil der Aufwand groß ist und
174 das Personal knapp. Europabeauftragte könnten helfen, dass Kommunen sich vertraut machen mit
175 den Möglichkeiten, die die EU bietet und u.a. auch dafür sorgen, dass die für Europa mittlerweile so
176 wichtigen Städtepartnerschaften noch mehr unterstützt werden können. Mit ihrer Tätigkeit sorgen sie
177 auch für eine Stärkung der Akzeptanz der Europäische Union bei den Bürgerinnen und Bürgern. In
178 verschiedenen Regionen Hessens gibt es bereits besondere Einrichtungen, die die Arbeit der
179 Europabeauftragten unterstützen. Im Rhein-Main-Gebiet ist es das Europabüro RheinMainFrankfurt,
180 das vom Regionalverband getragen wird.

181 <https://www.europabuero-frm.de/>

182

183

184 **KV Kassel**

185 **„Erhalt der Offenen Kanäle“**

186

187 Die Landesversammlung möge beschließen:

188 Die Europa-Union Hessen fordert von der Hessischen Landesregierung den Erhalt der Offenen Kanäle
189 in Fulda, Gießen, Kassel und Offenbach/Frankfurt in ihrer bestehenden Form.

190

191 Begründung:

192 Mit großer Sorge haben wir erfahren, dass die Hessische Landesregierung die Abwicklung des
193 Offenen Kanals Kassel beabsichtigt. Dem Entwurf zur Neufassung des Hessischen Gesetz über
194 privaten Rundfunk und neue Medien (HPMG) stehen wir daher kritisch gegenüber.

195 Die Europa-Union Kassel hat bereits diverse Sendungen und Veranstaltungen mit Vorträgen und
196 Diskussionen in Kooperation mit dem Offenen Kanal Kassel aufgezeichnet oder live gesendet. Dazu

197 gehört auch unsere Kandidatenbefragung zur Kommunalwahl 2021 mit Schüler- und Bürgerfragen:
198 Wie sonst hätte die demokratische Willensbildung im lokalen Raum funktionieren sollen, als
199 pandemiebedingt keine Publikumsveranstaltungen möglich waren? Im Offenen Kanal hatte während
200 der Pandemie die kommunale Demokratie keine Sendepause.
201 Bereits der Blick in das europäische Ausland zeigt, wie wichtig lokale Medienvielfalt für unsere
202 Demokratie ist. Große Teile Hessens bestehen - wie so viele Teile Deutschlands - aus
203 Einzeitungskreisen. Viele lokale und europäische Themen finden im Hessischen Rundfunk und der
204 hessenschau keinen angemessenen Niederschlag. Eine Lücke, die die Offenen Kanäle hervorragend
205 schließen. Alle vier Medienprojektzentren in Hessen sind als Offene Kanäle sowohl
206 Bürgermedienplattformen und Bestandteil der kommunalen Meinungsvielfalt sowie als
207 Medienprojektzentren zugleich Orte der Vermittlung von Medienkompetenz und Medienbildung in
208 Theorie und Praxis. Sie leisten wichtige Beiträge zur Demokratisierung, zur Weiterqualifizierung, zur
209 Persönlichkeitsentwicklung und zum interkulturellen Austausch. Dabei orientieren sie sich an den
210 Grundwerten Freiheit, Chancengleichheit, Solidarität, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit. Diese
211 Grundwerte schließen Menschenfeindlichkeit, Hass und Diskriminierung aus.
212 Diese seit 1992 gewachsene Struktur zu zerstören und die Medienprojektzentren Offene Kanäle
213 abzuschaffen, in ehrenamtlich getragene Vereine umzuwandeln oder zum Nachteil aller hessischen
214 Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu verändern, wäre ein Rückschritt und würde unser Bundesland
215 medienpädagogisch und im Sinne der Meinungsfreiheit weit zurückwerfen.

216

217

218 **KV Kassel**

219 **„Videokonferenzdienste“**

220

221 Die Landesversammlung möge beschließen:

222 Der Landesvorstand erkundigt sich bei allen Kreisverbänden nach dem Bedarf an
223 Videokonferenzdiensten. Hierbei berücksichtigt er insbesondere den Bedarf an zusätzlichen
224 Audiokanälen für die Übersetzung in mehrere Sprachen. Nach dieser Bedarfsabfrage soll der
225 Landesvorstand einen entsprechenden Videokonferenzdienst mit Übersetzungsfunktion anschaffen.
226 Die Anschaffung kann zusammen mit anderen Gliederungen der Europa-Union, bpsw. anderen
227 Landesverbänden oder Bundesverband getätigt werden.

228

229 Begründung:

230 Aufgrund der Corona-Pandemie haben inzwischen viele Gliederungen der Europa-Union Erfahrungen
231 mit Online-Veranstaltungen gesammelt. Dadurch war der Austausch mit Europäerinnen und Europäern
232 aus verschiedenen Ländern noch nie so einfach. Allerdings stellt die Multilingualität des Publikums
233 eine Herausforderung da, wenn keine von allen geteilte Arbeitssprache möglich ist. Das Europa der
234 Bürgerinnen und Bürger darf aber nicht an Sprachhürden scheitern. Daher hat sich die

- 235 Übersetzungsfunktion (languages interpretation) von Zoom mit bis zu neun verschiedenen
236 Audiokanälen bewährt.
- 237 Diese Funktion ist bei den Produkten "Business", "Education", or "Enterprise Account"; or "Webinar add-
238 on plan" vorhanden, siehe unten Ein Pro-Account (13,99 pro Monat) mit Webinar add-on (Minimum
239 37,00 pro Monat) kostet 50,99 Euro zzgl. Steuer im Monat. Aufgrund dieser monatlichen Kosten bei
240 gleichzeitig auf wenige Veranstaltungen begrenzten Nutzung durch einen Kreisverband ist die
241 Anschaffung durch den Landesverband und gemeinsame Nutzung durch mehrere Gliederungen
242 wirtschaftlich geboten.
- 243 Laut Zoom-Nutzerhandbuch ist die Nutzung unter diesen technischen Voraussetzungen möglich:
244 Prerequisites
- 245 • Business, Education, or Enterprise Account; or Webinar add-on plan
 - 246 • Zoom Desktop Client
 - 247 o Windows: 4.5.3261.0825 or higher
 - 248 o macOS: 4.5.3261.0825 or higher
 - 249 • Zoom Mobile App
 - 250 o Android: 4.5.3261.0825 or higher
 - 251 o iOS: 4.5.0 (3261.0825) or higher
 - 252 • Meeting with an automatically generated meeting ID
- 253 Note: Contact Zoom Support to have this feature enabled.